

# Player für die Christdemokratie

*Lukas Mandl, Abgeordneter der Christdemokraten im Europäischen Parlament, sieht seine Partei als Garant für Freiheit und Würde aller Menschen. Mandl nimmt Stellung zur Flüchtlingskrise in der EU und zur aktuellen Krise in Afghanistan. Er findet, dass einzig Europa in der Lage ist, außerordentliche Hilfeleistungen für Flüchtlinge anzubieten. Er ist aktiv im Netzwerk "against the political misuse of religion".*

*Mag. Lukas Mandl ist österreichischer Abgeordneter zum Europäischen Parlament in der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten).*

Madge Gill Bukasa

**TGP:** In Vorbereitung auf dieses Interview haben Sie mich auf die Publikation „Stromaufwärts - Christdemokratie in der Postmoderne des 21. Jahrhunderts“ verwiesen, in der Sie schreiben, dass die Religion die Frage nach dem Sinn des Lebens beantwortet, was die Politik nicht leisten kann. Der österreichische Philosoph Franz Wimmer zum Beispiel definiert Religion als das, was über den Menschen und seine Vernunft hinausgeht. Religion ist immer stark Tradition, das heißt, Riten, Gebete, Formen, die einen gemeinsamen Ursprung haben. Diesen gemeinsamen Ursprung zu kennen und damit das Wissen um die Erinnerung an die Anfänge und die Verläufe zu haben, das ist eine große Kraft, die das Christentum hat. Wenn wir davon ausgehen, dass sich das Christentum in der Religionsgeschichte im Laufe der Jahrhunderte von einer expansiven, aggressiven Religion zu einer - zumindest in ihrem Strang - subtilen christlichen Demokratie gewandelt hat, dann möchte ich Sie fragen, was sind die Eckpunkte dieser christlichen Demokratie heute?

**Lukas Mandl:** Kultur und Religion

gehören zum Menschsein. Es ist etwas, das die Spezies Mensch von allen anderen Spezies unterscheidet und es ist gleichzeitig ein

Werte der Menschenwürde und der Freiheitsrechte. Ich glaube, diese beiden Werte kann man als Grundpfeiler verstehen.

---

*Die größte europäische Parteienfamilie ist jene der Christdemokraten und da sind erfreulicherweise auch Menschen anderer Religionen und Menschen, die keiner Religion angehören, aktiv und involviert.*

---

Schatz, der sich aus ganz vielen Quellen speist und damit meine ich alle Religionen, die insgesamt dieses Mosaik an Religionen bilden. Die moderne Christdemokratie unterscheidet zunächst einmal ganz klar zwischen Staat und Kirche oder Staat und Religionsgemeinschaften und ist daher nicht gewissermaßen eine Form der Religionsausübung, sondern eine politische Haltung von Einzelnen in der Politik oder einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, die mit dem jüdischen und christlichen Menschenbild zu tun hat und die sich dann politisch übersetzen lässt in die

**TGP:** Der Orientalist Navid Kermani hat einmal in einem Interview mit der Süddeutschen gesagt, dass dort, wo eine Religion als Staat auftritt, sie auch mit Unzulänglichkeit und mit Verbrechen des Staates identifiziert wird. Daran anknüpfend, inwiefern ist die Christlich-Demokratische Volkspartei für den Christenmenschen hilfreich? Wenn Sie sagen, Christdemokratie ist eine politische Haltung.

**LMandl:** Ideengeschichtlich ist die moderne Christdemokratie rund um die Entstehung der katholischen Soziallehre vor etwa 100 Jahren entstanden und hat

sich stetig weiterentwickelt. Ich denke, Werthaltungen sind wichtig in der Politik und auch außerhalb der Politik; und Werthaltungen können sich aus vielen Quellen speisen. Die vorhin genannten Werthaltungen speisen sich aus diesem ideengeschichtlichen Rahmen der Christdemokratie, von dem ich noch einmal betone, dass es kein Religionsvollzug ist, christdemokratische Politik zu machen. Die größte europäische Parteienfamilie ist jene der Christdemokraten und da sind erfreulicherweise auch Menschen anderer Religionen und Menschen, die keiner Religion angehören, aktiv und involviert. Genau das bietet das Dach der modernen Christdemokratie, bei dem diese Werthaltungen in ganz verschiedener Weise auf allen Ebenen für ganz verschiedene Menschen auftreten können. Neben anderen politischen Richtungen gewährleistet auch die Christdemokratie gute Dienstleistungen für Menschen. Es hilft Menschen, wenn sie ihre Freiheit entfalten können und wenn diese Freiheit politisch verteidigt wird. Ich glaube, das ist eine Grundaufgabe von Politik, Freiheit zu verteidigen. Die zweite Grundaufgabe von Politik ist, auf Menschenwürde zu achten, auf die Achtung der Menschenwürde in allen Bereichen zu drängen und darauf hinzuarbeiten. Das gewährleistet, neben anderen politischen Richtungen, auch die Christdemokratie.

**TGP:** Demokratie in den Fernen Osten zu exportieren und dort zu lehren, ist oft nicht produktiv und kann Radikalisierung zur Folge haben. Koranverteiler in den Fußgängerzonen Mitteleuropas wurde oft nachgesagt, dass sie über keinerlei fundierten Koran-Kenntnisse verfügten, sondern nur ein oberflächliches Wissen hätten.

Angesichts der aktuellen Krise in Afghanistan, wo sich gezeigt hat, dass es den Taliban aus verschiedenen Gründen sehr



Lukas Mandl entpuppt sich als Fan von Karl Kraus.

schnell möglich war, die Macht in Afghanistan zu übernehmen, wohl auch unterstützt von großen Teilen der Bevölkerung, stellt sich die Frage, ob es nicht eine Illusion ist zu glauben, dass der Prozentsatz derjenigen in diesen Regionen, die bereit und in der Lage sind, die Demokratie zahlenmäßig und auch moralisch angemessen zu verteidigen, einfach zu gering ist, vor allem gegen eine Gottesarmee?

**LMandl:** Es ist eine große Errungenschaft der Aufklärung, dass eine religiöse Sphäre und eine staatliche Sphäre strikt getrennt sind. Ich halte das für enorm wichtig für beide Sphären. Es gab und gibt Situationen und Szenarien, in denen Religionen missbraucht werden für politische Zwecke. Ich bin deswegen auch im internationalen Parlamentariernetzwerk „Against the political misuse of religion“ aktiv.

**TGP:** Die christliche Logik be-

sagt, dass der andere Mensch, und sogar der Feind, immer zu lieben ist, auch da wo dieser sein Heil woanders sieht als der Christmensch. Müsste demnach nicht gerade ihre Partei Personengruppen wie zum Beispiel Flüchtlinge heimholen wollen - auch nach Österreich?

**LMandl:** Nicht nur unsere Gesinnungsgemeinschaft und europäische Parteienfamilie, sondern hoffentlich alle vernünftigen politischen Kräfte arbeiten zunächst einmal dagegen, dass Menschen enturzelt werden, wo sie daheim sind. Entwurzelung ist etwas, das für die betroffenen Menschen, für Generationen unter Umständen, Lebenschancen verringert oder sogar zunichtemacht. Deshalb ist es so wertvoll, glaube ich, Freiheitsrechte und Menschenwürde zu achten und Menschen die Chance zu geben, mit eigener Kraft etwas aufzubauen, und zwar in voller Freiheit. Das nennt man Hilfe zur Selbst-

hilfe, das betrifft die gesamte Entwicklungszusammenarbeit. Die Europäische Union ist die größte Entwicklungshelferin der Welt. In der so genannten „Soft Power“, wie das die Fachsprache nennt, aber eben nicht in der „Hard Power“ wie sich in vielen Fällen zeigt. Auf dieser Basis gilt es selbstverständlich immer wieder zu betonen, dass etwas, das simpel klingt, in der Praxis leider oft nicht ausreichend zu Tage tritt, nämlich: Jeder Mensch ist gleich viel wert.

**TGP:** Die EU hat das Abkommen mit der Türkei verlängert, weil es 2016 nicht gelang, eine gemeinsame Vorgehensweise in Bezug auf die Flüchtlinge zu finden. Das heißt aus einer Übergangslösung ist ein Zustand mit Elendslagern und Pushbacks geworden. Wie stehen Sie zu diesem Folgeabkommen?

**LMandl:** Es ist sehr bedauerlich, dass die türkische Führung dieses Abkommen missbraucht, um

Europa zu erpressen. Dieses Modell hat leider Schule gemacht, sogar in einer abartigen Art und Weise, dass der belarussische Machthaber Lukaschenko, wo überhaupt keine Migration stattfindet, extra Migrantinnen und Migranten nach Belarus holt, um dieses Modell der politischen Erpressung Europas, dass die türkische Führung gewissermaßen erfunden hat, selbst zu praktizieren. Das kann ich wirklich nur abartig nennen. Auf der Basis der gegebenen Umstände sehe ich keine Alternative zum Türkeiabkommen und damit war es auch notwendig, dieses zu verlängern.

**TGP:** Im Nachhinein betrachtet und angesichts der Zustände, die damals im Jahr 2015 herrschten, war die Summe von 3,5 Milliarden Euro doch ein günstiger Sold, den die EU der Türkei bezahlte. Meinen Sie, dass die Summe unangemessen war?

**LMandl:** Die Türkei verlangt

einen bestimmten Preis für die Betreuung von Flüchtlingen und Europa bezahlt diesen Preis. In meinen Augen ist das sehr viel Geld.

**TGP:** Österreich hat in der aktuellen Afghanistankrise 200 Millionen Euro bereitgestellt. Es stellt sich die Frage, wofür dieses Geld genau verwendet wird? Zuletzt wurden auch große Gelder für die Flüchtlingshilfe in Griechenland verschoben, doch mit wenig Resultaten für die betroffenen Menschen, die dadurch von unserem geografischen Raum ferngehalten und betreut wurden.

**LMandl:** Ich glaube, Europa ist heute in der glücklichen Lage,

*Europa ist die größte Entwicklungshelferin und auch die Soforthilfe hat im Fall der Afghanistankrise funktioniert.*

helfen zu können. Europa hilft mehr als andere Teile der Welt und ist sogar in der Lage, sehr schnell zu helfen, wie das im Fall der Afghanistankrise geschehen ist, nachdem 20 Jahre lang vom gesamten politischen Westen Fehler gemacht worden waren. Europa ist die größte Entwicklungshelferin und auch die Soforthilfe hat im Fall der Afghanistankrise funktioniert. Nicht auszudenken, könnte sich Europa das nicht leisten. Wer würde das sonst machen? Niemand!

**TGP:** Von Österreich ausgehend wurde in dieser aktuellen humanitären Afghanistankrise ein Gedankenraum geöffnet, der nicht geöffnet werden hätte müssen.

Zuerst wurde nämlich verkündete, „Man will überhaupt niemanden nehmen...“ und sozusagen erst im zweiten Halbsatz hieß es, es werde Geld in diese Richtung fließen und man werde versuchen, Drittstaaten zu motivieren, Verantwortung abzunehmen. Wie sieht das Profil dieser neuen Weltmacht EU aus? Ist es jetzt so, dass man sich aus seiner humanitären Verantwortung in gewisser Weise herauskauft? Was bewegt das EU-Parlament? EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bezeichnete Griechenland zuletzt als „Schutzschild Europas“. EU-Parlamentspräsident Othmar Karas sprach ganz andere klare Worte. Karas sagte, es müsse möglich sein zu helfen, auch wenn man nicht alle Personen aufnehmen kann. Wie will sich die Weltmacht EU positionieren?

**LMandl:** Es gehört zu den Grundpfeilern meiner Arbeit für ein Europa mit mehr Stärke nach außen einzutreten. Das braucht mehr Einigkeit in geopolitischen und außenpolitischen Entscheidungen. Ein großes Hindernis dafür ist die sogenannte Einstimmigkeitsverpflichtung im Rat der Mitgliedsstaaten der Regierungen in außenpolitischen Fragen. Das heißt, jeder Mitgliedsstaat hat ein Vetorecht, wenn es um geopolitische und außenpolitische Entscheidungen geht. Deshalb ist die Europäische Union manchmal sehr langsam und in der Sache dann sehr zaghaft, aber gerade im Bereich Asyl hält Europa das Asylrecht hoch und realisiert es. In Österreich speziell bekommt jede und jeder ein geordnetes Asylverfahren. Wie wir alle wissen, hat Österreich mehr Flüchtlinge seit der Flüchtlingskrise 2015 aufgenommen, als alle anderen Mitgliedsstaaten mit Ausnahme von Schweden und Malta. Österreich ist hier an dritter Stelle und hat die zweitgrößte afghanische Community in Europa. Asyl ist ja nicht die einzige Form zu helfen, sondern nachhaltig wirksam für



zukünftige Generationen ist es, es Menschen zu ermöglichen, in Frieden und Freiheit und der Achtung von Menschenwürde, Frauenrechten zu leben. Das muss ein geopolitischer Beitrag Europas werden. Ich spreche nicht von europäischen Werten, ich spreche immer von den in Europa vertretenen Werten. Das sind eigentlich universelle Werte, die gelten nicht nur für Europäerinnen und Europäer, sondern die gelten für alle Menschen. Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, neben den schon genannten und die auf der Welt stärker zu vertreten, bedarf einer kohärenteren europäischen Außenpolitik und das ist die Richtung, in die die Reise gehen muss. An dem, was Othmar Karas gesagt hat, ist überhaupt nichts auszusetzen, genauso wie es stimmt, dass Griechenland im Schutz der Außengrenzen für

die gesamte Europäische Union aufgrund seiner geografischen Lage besonders viel leistet und leisten muss; und so hat jeder Mitgliedsstaat durch seine geographische Lage oder andere Bedingungen einen besonderen Beitrag zu leisten, weil nicht jeder Mitgliedsstaat gleich ist.

**TGP:** Aktuell gibt es einige Vorschläge, wie man diesen neuen Fluchtbewegungen begegnen soll. Es gibt die Vorschläge der Wiederbelebung des Botschaftsasyls, der Schaffung legaler Fluchtrouten, Resettlementallianzen und es gibt für die Migration Überlegungen, dass die Migrant:innen viel stärker in den Lösungsprozess einbezogen werden, indem sie selbst beispielsweise Wissen austauschen und Geld zurückschicken. Jetzt scheint es allerdings so, dass solche Konzepte aus der politischen

Zivilgesellschaft von der Politik einfach nicht aufgegriffen werden. Als Beispiel nenne ich die Initiative „Courage“, die bereits im Oktober 2020 über 3000 sichere Plätze für Flüchtlinge aus Moria ausfindig machen konnten. Warum nicht?

**LMandl:** Ich glaube, seriös ist zum Beispiel ein Projekt wie infomigrants.net, von der Deutschen Welle, France Médias Monde und der italienischen Presseagentur ANSA, erstellt. Hier bekommen Menschen, die sich auf der Flucht befinden, in vielen verschiedenen Sprachen authentische Informationen, was Flucht bedeutet oder welche Bedingungen es für Asyl gibt. Das ist eine extrem wichtige Maßnahme gegen Fake News von Schlepperorganisationen, denn Schlepperei ist eine wirklich menschenverachtende organisierte Kriminalität. Ich halte das für sehr, sehr wichtig in einer Welt, in der Menschen durch Fake News oft auf Routen geschickt werden, die lebensgefährlich sind. Viele kommen sogar zu Tode, wie wir wissen. Das ist wirklich tragisch. Bezugnehmend auf die Afghanistankrise arbeiten wir mit den drei Nachbarstaaten von Afghanistan zusammen, mit denen eine Zusammenarbeit leichter umsetzbar ist, denn mit Pakistan und Iran ist das leider nicht gut möglich. Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan sind unsere Partnerländer, wenn es darum geht, für geflüchtete Menschen Aufenthalt in Sicherheit zu ermöglichen. Unabhängig davon war die wochenlange Evakuierungsmission für Menschen, die unmittelbar vulnerabel und bedroht waren, weil sie den westlichen Kräften in Afghanistan jahrelang geholfen hatten, eine konzertierte Aktion des Westens. Das hätten die USA nicht ohne Europa und Europa nicht ohne die USA geschafft. Diese Evakuierung hat auch Österreicher betroffen und Menschen, die Österreichern geholfen haben und hat glücklicherweise weitgehend

gut funktioniert.

**TGP:** Dänemark hat den Vorschlag gemacht, Drittstaaten wie Ruanda und Äthiopien als Aufnahmeland für Flüchtlinge in die Pflicht zu nehmen. Ruanda ist ein Land, das in der Vergangenheit sehr viel Aufbauunter-

*Alle in Europa müssen sich strikt an die Genfer Flüchtlingskonvention halten.*

stützung von der Europäischen Union erhalten hat. Ist nicht auch die Sorge von Organisationen berechtigt, dass dabei diplomatische Ziele verfolgt werden, wo es eigentlich darum gehen müsste, Verträge zu schließen, die der Genfer Flüchtlingskonvention entsprechen und wo Menschenrechtsstandards gewartet werden?

**LMandl:** Alle in Europa müssen sich strikt an die Genfer Flüchtlingskonvention halten. Wo das nicht geschieht, genauso wie in anderen Bereichen, wo Rechtsstaatlichkeit verletzt wird, muss die Europäische Union einen starken Hebel ansetzen, um die Einhaltung des Rechts durchzusetzen - und dazu gehört auch und in diesem Fall zuallererst die Genfer Flüchtlingskonvention. Darüber hinaus ist Zusammenarbeit mit anderen Teilen der Welt, also Kooperation, wie ich das immer nenne, im Gegensatz zur Konfrontation, immer dringend und wichtig. Wir arbeiten sehr eng mit den nordafrikanischen Staaten zusammen, weil auch dort Fake News dazu führen, dass Menschen auf Fluchtrouten gesetzt werden, die überhaupt kein Recht auf Asyl hätten. Das führt dann zu dem, was man als illegale Migration kennt.

Ohne den Vorschlag aus Skandinavien zu kennen - warum sollte man das nicht prüfen, ob da und dort eine sinnvolle Kooperation möglich wäre? Kooperation ist die Sprache, welche die Menschheitsfamilie im 21. Jahrhundert gelernt haben muss. Leider nehmen wir aber täglich wahr, dass Konfrontation an der Tagesordnung steht.

**TGP:** In diesem Jahr haben wir nicht nur den 20. Jahrestag von 9/11 erlebt, sondern im Juli auch den 70. Jahrestag der Genfer Flüchtlingskonvention. Wenn man sich die Fakten ansieht, so haben etwa 30 % der in KaraTepe/Moria2 festgesetzten Flüchtlinge einen positiven Asylbescheid. Darüber hinaus saßen 32 schwerkranke Afghanen zwei Monaten auf einem Feld an der polnischen Grenze zu Belarus fest. Es wurde ihnen nicht gestattet, einen Asylantrag zu stellen, und NGOs wurde die Hilfeleistung verweigert. Außerdem wird nicht nur dort, sondern auch in Litauen ein Grenzzaun gebaut. Das heißt, Beobachter sagen, und das ist durchaus glaubwürdig, dass an der Ostgrenze de facto die Genfer Flüchtlingskonvention außer Kraft gesetzt ist.

**LMandl:** Es gibt im Europäischen Parlament eine Scrutiny Group, eine überparteiliche Gruppe von Abgeordneten, die Vorwürfe gegen Frontex prüft. Die Genfer Flüchtlingskonvention gilt immer und überall und die Scrutiny Group im Europäischen Parla-

ment prüft das. Wo Verletzungen gefunden werden, muss das entsprechend sanktioniert werden. Das sind wir den Werten, die wir in Sonntagsreden postulieren, schuldig, weil die Werte auch von Montag bis Samstag gelten. Das bedeutet, dass in Europa die Genfer Flüchtlingskonvention gilt und Verstöße dagegen sanktioniert werden müssen. Das Ganze unterliegt einer parlamentarischen Kontrolle im Europäischen Parlament und da vertraue ich den überparteilich einschlägig tätigen Kolleginnen und Kollegen.

**TGP:** Gegen die EU-Grenzschutzagentur Frontex wurde bereits eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof wegen illegaler Zurückweisung und Misshandlung eingereicht. Welche Sanktionen werden für Fehlverhalten verhängt?

**LMandl:** Das angemessene Mittel muss immer dazu führen, dass Fehltritte erkannt werden und nicht mehr passieren. Wir haben erstmals in der Europäischen Union eine Verknüpfung von Rechtsstaatlichkeit und Geld. Eines der Ergebnisse der Krisenbewältigung in der Pandemie ist es, dass das endlich möglich ist, was wir immer gewollt haben. Ich darf das auch im Rechtsstaatlichkeitsbericht des Europäischen Parlaments verhandeln, dass Rechtsstaatsverstöße nicht nur zu kritischen Worten führen, sondern auch ganz konkret zu einer Kürzung von Mitteln.

